



Soziale Sicherung – wir setzen auf Augenmaß und Eigenverantwortung

Die Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben werden wir stoppen.

Dazu trägt die Verstärkung der Arbeitsanreize bei der Reform der sozialen Grundsicherung für Arbeitssuchende bei.

Wir stärken die Wirtschaft und sorgen für mehr sichere Arbeitsplätze und sinkende Sozialausgaben.

Wir sorgen dafür, dass die Pflege nicht zur Armut und nicht zur unkalkulierbaren Belastung führt.



Gleichwertigkeit – wir übernehmen Verantwortung

Wir setzen auf einen erfolgreichen Föderalismus mit starken Ländern und starken Kommunen und werden mit Hilfe der Raumplanung und einer klugen Stadt- und Dorfentwicklung ländliche Räume besser entwickeln.

Wir können Ballungsräume entlasten, wenn wir die Verkehrswege und den Nahverkehr bedarfsgerecht ausbauen.

Insbesondere die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ bleibt dafür das Leitinstrument.

Dazu wollen wir eine verlässliche und technologieoffene Mobilität sowohl im ÖPNV als auch mit eigenen PKW und einen flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkausbau.

Die Gesundheits- und Pflegeversorgung werden wir verbessern.

FUNKTIONIERENDER STAAT

Migration und Integration – wir sorgen für Schutz ohne Überforderung

Wir stoppen die irreguläre Migration und kehren zu einem ordentlichen Einbürgerungsrecht zurück.

Dazu gehören der wirksame Schutz der EU-Außengrenzen, Kontrollen und konsequente Zurückweisungen an den Grenzen, beschleunigte Asylverfahren und Rückführungen.

Wir werden Pull-Faktoren durch Neuausrichtung der Sozialleistungen reduzieren, Asylverfahren und Schutz in sicheren Drittstaaten erreichen und freiwillige Aufnahmeprogramme beenden.

Ukrainerinnen und Ukrainer sollen unmittelbar Arbeitsmöglichkeiten erhalten und unabhängig von Sozialleistungen leben können.



Für ein erfolgreiches Miteinander – wir regieren besser

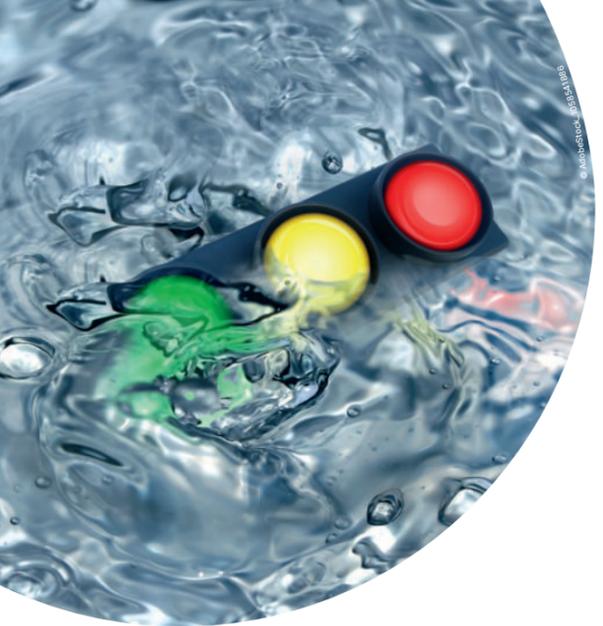
Die kommunale Daseinsvorsorge ist die Grundlage unseres täglichen Lebens. Wichtig sind eine gute kommunale Daseinsvorsorge und vitale kommunale Unternehmen. Bei der Bund-Länder-Koordinierung müssen die Kommunen frühzeitig eingebunden werden. Für einen besseren Gesetzgebungsprozess berücksichtigen wir stärker die kommunale Praxiserfahrung und setzen auf volle Subsidiarität. Wir wollen die Subsidiaritätsprüfung der EU stärken und eine solche auch national etablieren, um die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf die kommunale Selbstverwaltung besser abschätzen zu können. Wir wollen, dass Projekte der kommunalen Daseinsvorsorge solide finanziert sind. Die Prozesse müssen schneller, die Rechtswege kürzer werden. Wir sind für die Abschaffung des Verbandsklagerechts bei Infrastrukturvorhaben. Wo möglich und sinnvoll, sehen wir im Sinne schnellerer Rechtssicherheit eine Kürzung des Instanzenwegs auf zwei Instanzen vor. Kommunale Amts- und Mandatsträger tragen unseren Staat mit. Deshalb müssen wir sie unterstützen und schützen.

GUT LEBEN IN STADT UND LAND



Wieder nach vorne

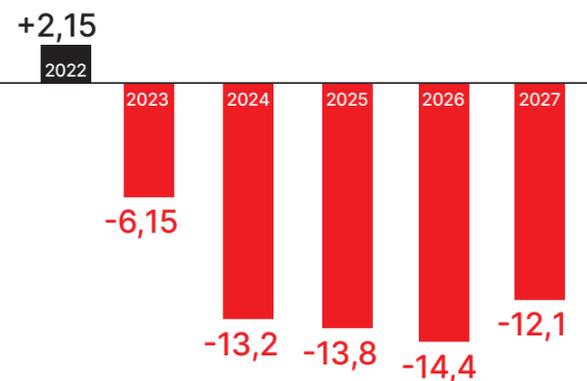
mit starken KOMMUNEN



3 JAHRE AMPEL

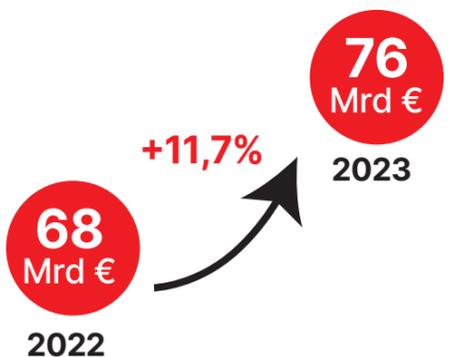
Kommunaldefizit

2022-2024 vrs. 17,2 Mrd. €



Ausgabendynamik der kommunalen sozialen Leistungen

2022-2023 um 8 Mrd. € erhöht



Ungebremste Migration

+805.000
Asylerstanträge seit 2022

Und hier finden Sie die Kommunalbilanz



Selbstverwaltung mit neuem Leben

Wir entlasten die Kommunen von unnötiger Bürokratie und vereinfachen Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge.

Wir vertrauen den kommunalen Fähigkeiten. Wir geben der Verwaltung mehr Ermessensspielraum auch für pragmatische Lösungen und Freiräume, etwas auszuprobieren.

Wir sorgen dafür, dass die EU sich um europäische Herausforderungen kümmert und nicht in die kommunale Selbstverwaltung hineindirigiert.

Wir stärken den kommunalen Einfluss auf Bundesebene und werden die Kommunen frühzeitig in die Bund-Länder-Beziehungen einbeziehen. Die kommunale Praxiserfahrung fließt stärker in den Gesetzgebungsprozess ein.

Wer bestellt, bezahlt.

Für uns ist klar: Wer eine Leistung veranlasst oder ausweitet, muss für ihre Finanzierung aufkommen. Das gilt besonders, wenn Bundesgesetze oder andere Maßnahmen des Bundes bei den Ländern und Kommunen zu Mehrausgaben oder Mindereinnahmen führen. Damit senken wir künftig die finanziellen Risiken der Kommunen aus der Bundesgesetzgebung.

Wir wollen

- eine solide Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge!
- die Gewährleistung dauerhaft sicherer Einnahmequellen!
- die Vereinfachung von Förderprogrammen sowohl bei der Antragstellung als auch bei Nachweispflichten!

WIR STÄRKEN KOMMUNEN

Und hier finden Sie das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU



Wieder nach vorne mit starken Kommunen



Mit ihrem Wahlprogramm legen CDU und CSU einen Plan vor, wie unser Land wieder fit wird. Denn die Ampel hat abgewirtschaftet und die kommunale Selbstverwaltung sträflich vernachlässigt: Stark aufwachsende Lasten im Sozialbereich, neue Aufgaben ohne Finanzierung, mehr Bürokratie, neue Haushaltsrisiken und keine Antworten auf die zentralen Fragen von Stadt und Land und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dies will die Union ändern und wird besser regieren.

Für die Kommunen zentral ist das Bekenntnis zum Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“. Wer eine Leistung veranlasst oder ausweitet, muss für die Finanzierung aufkommen! Von herausragender Bedeutung ist, dass die kommunale Perspektive stärker auf Bundesebene von vornherein einbezogen wird. Denn CDU und CSU haben erkannt: Für einen besseren Gesetzgebungsprozess ist es sinnvoll, die kommunale Praxiserfahrung möglichst früh zu berücksichtigen. Wir hören auf die Kommunen!

Die Union setzt – auch mit Blick auf Europa und EU-Regelungen – auf volle Subsidiarität und wird die kommunale Selbstverwaltung stärken. Dafür werden „Goldene Zügel“ abgebaut und die kommunal relevanten Förderprogramme des Bundes einfacher in der Abwicklung gestaltet.

Außerdem stehen die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie in strukturstarken und strukturschwächeren Regionen, ein erfolgreicher Föderalismus und solide finanzierte kommunale Daseinsvorsorge mit vitalen kommunalen Unternehmen auf der Agenda der Union.

Dies sind nur einige Punkte, die zeigen, dass wir gemeinsam einen Politikwechsel wirklich schaffen können. Mehr Wohlstand, Wachstum und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft kommen vor Ort am besten an!

Dafür werben wir und brauchen Ihre Unterstützung, damit bis zum 23. Februar die Menschen zur Wahl gehen und der Union, ihren Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort ihre Stimme geben.

Christian Haase MdB
KPV-Bundesvorsitzender

